



Info
für Mitglieder und Freunde
der Senioren-Union Borken (SEN)

Verantwortlich für den Inhalt:
CDU-Senioren Union Borken
Redaktion: Antonius König

46325 Borken, Danziger Str. 25

Tel. (02861) 91800

www.senioren-union-borken.de

im Dezember 2013

„kurz und bündig“ Nr. 15

Wahlausgang am 22.09.2013 zum Deutschen Bundestag – Kurzanalyse –

Der engagiert geführte Bundestagswahlkampf erbrachte für die CDU und den sie mittragenden Vereinigungen wie die Senioren Union ein hervorragendes Ergebnis. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die Älteren die Wahlen entscheidend beeinflussen und für die CDU/CSU die Qualität sowie das Potenzial besitzen, überzeugend zu gewinnen. Das CDU-Wahlprogramm hat die Zielgruppe der über 60-Jährigen offensichtlich mehrheitlich überzeugt. 49 % dieses Altersklientels bei den Männern haben das Kreuz bei der CDU gemacht, bei den Frauen hat die CDU sogar 53 % der Stimmen geholt. Die empirische Sozialforschung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin hat anhand von Zahlen das Wahlverhalten der älteren Generation analysiert und daraus prognostiziert, dass aufgrund des demografischen Wandels und des damit immer größeren Anteils der Älteren die CDU am meisten profitieren wird. Hinzu kommt die Feststellung, dass die Älteren häufiger zur Wahl gehen als die Jüngeren und mit ihrer Zweitstimme mehr die CDU wählen. Dennoch muss bei den Seniorinnen und Senioren noch weiter zugelegt werden, damit die im Internet auf der Webseite der Süddeutschen Zeitung getitelte Schlagzeile „CDU attraktiv für Wähler jenseits der 60“ ihre Berechtigung auf Dauer behält.

Nach dem Amtlichen Endergebnis der Bundestagswahl 2013 beträgt der Zweitstimmenanteil der CDU/CSU 41,5 % (CDU= 34,1 %, CSU= 7,4 %) und der SPD 25,7 %. Alle drei Parteien haben bei einer Koalition eine satte Parlamentsmehrheit und könnten in der gegenwärtig schwierigen politischen Diskussion viel bewegen. Daher ist die Installierung einer stabilen und handlungsfähigen Regierung die parlamentarische Pflicht der Mehrheitsfraktionen. Bei der Realisierung dürfen unredliche Machtansprüche keinen Platz haben.

Heruntergebrochen auf die Stadt Borken hat die CDU mit 55,0 % die absolute Mehrheit der Zweitstimmen erreicht und damit die SPD mit 23,1 % weit hinter sich gelassen. Bemerkenswert sind auch die Erststimmenerfolge der heimischen Bundestagsabgeordneten Johannes Röring und Jens Spahn in ihrem jeweiligen Wahlbezirk mit 57,4 % bzw. 52,0 %.. Die Senioren Union Borken hat Beiden zu ihren überdurchschnittlichen Ergebnissen gratuliert und geht von einer weiterhin guten Zusammenarbeit aus.

Kommunalwahl 2014 – Vorausschau – und die Europawahl

Was für die Bundestagswahl gegolten hat, lässt sich auch auf die kommunale Ebene übertragen. Die Älteren politisch für sich zu gewinnen bedeutet nämlich, vorne zu sein. In der Regel haben wir Seniorinnen und Senioren genügend Zeit, für die politischen Ideen der CDU vor Ort zu werben.

Der Landesvorsitzende Leonhard Kuckart weist in seinem Rundbrief vom 07.10.2013 an alle Funktionsträger in der Senioren Union NRW darauf hin, dass Politiker gewählt werden, wenn sie Vertrauen gewinnen, am besten durch direkten Kontakt mit dem Wähler. Von dieser Einschätzung ausgehend, haben wir als „freischaffende“ Ruheständler die großartige Chance, die Politik der CDU stärker an die Wählerinnen und Wähler heranzubringen. Das trifft besonders bei kommunalpolitischen Themen zu, von denen die Menschen vor Ort persönlich berührt werden; z. B. ist wichtig, dass die Städte und Gemeinden nicht nur jugendgerecht, sondern ebenso altersgerecht aufgestellt sind. Dieser Aspekt muss künftig viel stärker in den politischen Vordergrund und damit auch in den Fokus der Öffentlichkeit treten.

In diesem Zusammenhang bietet die Kommunalwahl am 25.05.2014 eine ausgezeichnete Möglichkeit, von den politisch Verantwortlichen Antworten auf unsere Vorstellungen einzufordern. Aber auch wir selbst müssen aktiv sein und der Mutterpartei verdeutlichen, dass Kandidatinnen und Kandidaten der Senioren Union auf aussichtsreiche Direktwahlbezirke oder sichere Listenplätze gesetzt werden.

Zu diesem „Herzensanliegen“ des Landesvorsitzenden ist bereits in unserer Info-Ausgabe Nr. 14 vom Juli 2013 die erfreuliche Lage nach der letzten Kommunalwahl 2009 im Rat der Stadt Borken dargelegt worden. Insoweit wird darauf verwiesen und es kann hier noch einmal bekräftigt werden, dass zumindest die gegenwärtige Situation in Borken nach der Kommunalwahl 2014 wieder realisierbar ist.

Ausgehend vom guten Ergebnis bei der Bundestagswahl haben wir in der Stadt Borken berechnete Aussichten, dass die CDU nicht nur stärkste Partei bleibt, sondern die absolute Mehrheit der Sitze im Stadtparlament zurückerobert, die 60 Jahre lang bis 2009 ihr Markenzeichen war. Dazu müssen fähige Frauen und Männer aller Altersschichten bereit sein, in einem Direktwahlkreis als Kandidat/in anzutreten. Es sind 19 Mandate zu vergeben.

Die Senioren Union Borken wird an der Seite des CDU-Stadtverbandes Wahlkampf machen und Unterstützung vor Ort leisten für den gemeinsamen Erfolg.

Das Gleiche gilt für die am selben Tag stattfindende **Europawahl**, die wir für den Kandidaten der Region Münsterland, **MdEP Dr. Markus Pieper**, intensiv als Wahlkämpfer an unseren Info-Ständen begleiten und ebenfalls zum Erfolg führen wollen. Denn der in Umfragen konstatierten Akzeptanzkrise gegenüber Europa muss energisch entgegen getreten werden.

Die Frage „Brauchen wir die Europäische Union noch?“ darf man stellen. Man kann sie aber eindeutig mit „JA“ beantworten. Dazu hat das Auswärtige Amt in Berlin zehn Gründe genannt:

Die EU

- sichert den Frieden in Europa.
- unterstützt den Frieden in der Welt.
- garantiert die Freiheit Europas.
- garantiert die Freiheit in Europa.
- gestaltet die Zukunft Europas in der Welt.
- ist der größte Markt der Welt.
- gestaltet die Zukunft in Europa.
- schützt die Umwelt.
- schützt die kulturelle Vielfalt.
- beheimatet eine erfolgreiche Währungsunion.

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie Berlin zieht folgendes Fazit: (Zitat-Auszug)

„Die Europäische Union ist weit davon entfernt, das Paradies zu sein. Über jeden der hier genannten Punkte lässt sich kritisch und absolut kontrovers diskutieren und Verbesserungsbedarf gibt es überall. Die EU ist nicht perfekt und wird es wohl auch nicht werden. Aber sie ist das Beste, was Europa bislang widerfahren ist. Wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen, um sie zu verbessern, aber wir sollten uns davor hüten, sie kaputtzureden.

Wer keine Lust hat, noch einmal bei 1950 anzufangen und konkurrierende Staaten mühsam unter einen Hut zu bringen, sollte die Europäische Union nicht aufs Spiel setzen.“

Sachstand zur Inklusion

Der Sachstand zu den Borkener Schulen in unserer Info Nr. 12 ist noch aktuell.
Rot/Grün im Land löst weitere Unsicherheit und Frustrationen aus!

Am 16. Oktober 2013 verabschiedete der Landtag das umstrittene 9. Schulrechtsänderungsgesetz zur Umsetzung des gemeinsamen Lernens von behinderten und nicht-behinderten Kindern. Ab dem Schuljahr 2014/2015 haben behinderte Kinder in den Klassen 1 bis 5 das Recht, gemeinsam mit nicht behinderten Schülern unterrichtet zu werden.

Das Gesetz stößt aufgrund der unklaren Finanzierung und mangelnder Qualitätsstandards bei Eltern, Lehrern und Kommunen auf massive Kritik.

Konsequenzen für die Förderschulen Lernen im Kreis Borken listet der Bericht zur Förderschulentwicklung von Dr. H. Habeck (September 2013 – Institut für Schulentwicklungsforschung) auf.

In diesem Bericht verweist Dr. H. Habeck auf die Forderung von Ministerin Löhrmann, 227 von 306 Förderschulen Lernen zu schließen, da die Mindestschülerzahl von 144 Schülern bei diesen Schulen nicht mehr gegeben ist.

Die Kommunen Ahaus, Gronau, Vreden, Bocholt, Borken, Stadtlohn des Kreises stellen derzeit jeweils eine Förderschule Lernen.

Ohne abgestimmte Entscheidungen zu den Standorten Förderschule Lernen wird es ab 2016 keine Förderschule Lernen mehr im Kreis Borken geben.

Der Vorschlag von Dr. Habeck sieht mittelfristig so aus, dass von den sechs Förderschulen nur noch zwei, nämlich in Ahaus und Borken als Teilstandorte bestehen bleiben. Dies führt zu der Unsicherheit und den Frustrationen bei allen Beteiligten.

Wer ausführliche Informationen und Diskussionen zur Inklusion haben möchte, klickt bitte nachfolgende Adresse an:

<http://www.tresselt.de/inklusion.htm>

Rente kommt in Berlin zu kurz

Der Bundesvorsitzende der Senioren Union Prof. Dr. Otto Wulff beklagt in einer Presseerklärung, dass in den Berliner Gesprächsrunden zum Rententhema kein einziges Mitglied der Senioren Union vertreten sei und bezeichnet diese Tatsache als unklug. Es müsse davor gewarnt werden, die Rente aus dem Auge zu verlieren. Ein Arbeitnehmer, der ein Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt habe, müsse seinen Lebensunterhalt ohne Leistungen der Sozialhilfe sichern können. Viele Rentner könnten sich keine Zusatzversicherungen leisten.

Ins gleiche Horn stößt die Präsidentin des Bundesverbandes der Rentenberater Marina Herbrich. Sie kritisiert, dass die vorliegenden Partei-Programme keinen Schutz vor Altersarmut bieten würden. Zur Verbesserung der Rente pochen die Senioren Union und die Rentenberater auf eine durchgreifende Reform. Nur die Stärkung der gesetzlichen und betrieblichen Altersversorgung könne den Menschen das Vertrauen in die Rente wiedergeben.

Der „Pflege-Bahr“

Von der privaten Versicherungswirtschaft werden Pflegezusatzversicherungen angeboten, darunter auch der sogenannte „Pflege-Bahr“, den es seit Januar 2013 gibt.

Das staatliche „Bahr-Geld“ als Zulage gegeben, macht bis zu einem Drittel des Versicherungsbeitrages aus. Bei einem Mindestbeitrag von 15,00 € im Monat übernimmt der Staat somit 5,00 €. Die Leistungen werden in allen Pflegestufen gewährt

Nicht für jeden ist der „Pflege-Bahr“ zu empfehlen. Insbesondere Geringverdiener sollten sich den Abschluss einer solchen Versicherung genau überlegen, auch weil die Leistungen im Pflegefall auf die Grundversorgung angerechnet werden.

In der Vorstandssitzung des Kreisverbandes der Senioren Union am 02.09.2013 ist ein Diskussionspapier zur Vorsorge für den Pflegefall vorgelegt worden, das zu folgendem **Fazit** kommt:

„Um Vorsorge für die beträchtlichen privaten Aufwendungen in der Pflege zu treffen, kann eine Zusatzversicherung durchaus nützlich sein. Auch Menschen, die bisher wegen Vorerkrankungen keine private Pflegeversicherung abschließen konnten, bringt die Möglichkeit der geförderten Pflegeversicherung Vorteile. Jedoch will bei den niedrigen Beiträgen für Geringverdiener der Abschluss gut überlegt sein. Denn neben der Anrechnung der Versicherungsleistung auf die Grundsicherung kommt hinzu, dass Pfl egetagegeldpolicen sich nur für Versicherte eignen, die ein sicheres Einkommen haben und die Beiträge dauerhaft zahlen können. Kündigt der Kunde den Vertrag, sind die bis dahin gezahlten Beiträge weg. Zu bedenken ist dabei auch, dass eine Privathaftpflichtpolice, der Berufsunfähigkeitsschutz und die private Altersvorsorge wichtiger sind als eine Pflegeversicherung.“